

Gegner sind angekündigt: So wird es vom 4. bis 6. Juni 2010 ein Informations- und Aktionswochenende in Gorleben mit einer geplanten Umzingelung des „Schwarzbaus Gorleben“ geben. 30 Jahre zuvor war das Hüttendorf 1004, die „Republik Freies Wendland“, nach einer sechswöchigen Besetzungsaktion von Polizei und Bundesgrenzschutz

dem Erdboden gleichgemacht worden. Für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und Unterstützerguppen soll dieses Wochenende der Auftakt zu einer Mobilisierung sein, „um im Herbst beim nächsten Castortransport der schwarz-gelben Bundesregierung die rote Karte in Sachen Atomkraft und Gorleben zu zeigen.“

Einrichtungen, zum Beispiel aus den Kernforschungszentren. ●

Buchmarkt

Über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

Im Mai 2010 hat jetzt das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die Print-Version der Tagungsdokumentation zum Internationalen Endlagersymposium Berlin 2008 vorgelegt. Strahlentelex hatte in der Ausgabe Nr. 526-527 vom 4. Dezember 2008 ausführlich über die Tagung berichtet (www.strahlentelex.de/Stx_08_526_S06-07.pdf).

Im Oktober 2002 hatte der drei Jahre zuvor vom damaligen Umweltminister Jürgen Trittin eingerichtete „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd)“ seine Kriterien und Verfahrensvorschläge zur Auswahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle präsentiert. Ende 2002 beendete der AkEnd seine Arbeit und danach wollte das Bundesumweltministerium darüber eine öffentliche Diskussion führen und schließlich das Auswahlverfahren verbindlich werden lassen. Das fand danach sechs Jahre lang nicht statt. Auf der Tagung Ende 2008 wurde schließlich dafür geworben, nun damit zu beginnen.

Peter Hocke (ITAS im KIT), Georg Arens (BMU) (Hg.): Die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Gesellschaftliche Erwartungen und Anforderungen an die Langzeitsicherheit. Tagungsdokumentation zum „Internationalen Endlagersymposium Berlin, 30.

10. bis 01.11.2008“, Karlsruhe/Bonn/Berlin Version 12.04.2010, 158 S. A4. Eine pdf-Version gibt es unter www.itas.fzk.de/v/endlagersymposium/Tagungsdokumentation_Symposium_final.pdf ●

Atomwirtschaft

Laufzeitverlängerung für Biblis A gekauft

Der Energiekonzern RWE erwarb von seinem Konkurrenten Eon ein von dem im Jahre 2003 stillgelegten Atomkraftwerk Stade übrig gebliebenes Stromkontingent von 4,8 Terawattstunden, um damit dem ältesten deutschen Atomkraftwerk Biblis A eine Laufzeitverlängerung zu ermöglichen. Das teilten die beiden Konzerne am 9. Mai 2010 nach der Schließung der Wahllokale in Nordrhein-Westfalen mit. Der Vertrag sei am Tag zuvor unterzeichnet worden. Über die Konditionen dieses Geschäfts wurde nichts mitgeteilt. SPD, Grüne, Linke und Umweltverbände griffen den Handel scharf an. Nach einer „ersten Einschätzung“ gebe es jedoch „kein rechtliches Hindernis“, erklärte das Bundesumweltministerium.

Rechnerisch würde das von RWE erworbene Stromkontingent ausreichen, das 1.200 Megawatt-AKW Biblis ein halbes Jahr unter Vollast zu betreiben. Zur Zeit läuft es jedoch nur mit halber Leistung um müßte Anfang 2011 vom Netz gehen. Jetzt könnte es noch etwa zwei Jahre weiter Strom erzeugen. RWE will verhindern, daß der Reaktor vom Netz gehen muß, bevor Entscheidungen über eine von der Regierungskoalition beabsichtigte generelle Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke gefallen sind. Das Energiekonzept der Bundesregierung soll im Oktober 2010 vorliegen. ●

Atom Müll

Das Endlager Schacht Konrad wird deutlich teurer als geplant

Der Ausbau des Endlagers Schacht Konrad in Salzgitter wird fast doppelt so teuer wie geplant. Das bestätigte ein Sprecher des Bundesamtes für Strahlenschutz gegenüber der NDR Fernsehsendung „Niedersachsen 19.30 das Magazin“. Wie der Sender am 11. Mai 2010 mitteilte, soll der Ausbau der ehemaligen Eisenerzgrube zu einem Endlager nach aktuellen Kostenschätzungen jetzt 1,6 Milliarden Euro kosten. Noch 2009 waren die Ausbaukosten auf 900 Millionen Euro geschätzt worden. Neben diesen Ausbaukosten sind für die Erkundung und Planung des Endlagers bis Ende 2007 bereits weitere rund 945 Millionen Euro ausgegeben worden, so daß die Gesamtkosten nach aktueller Schätzung bei 2,7 Milliarden Euro liegen.

Grundlage der neuen Zahlen ist eine Analyse der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), die mit dem Ausbau des Endlagers beauftragt ist. Daß darin die Kosten deutlich höher liegen als in vorangegangenen Schätzungen, wird vom Betreiber des Endlagers, dem Bundesamt für Strahlenschutz, mit höheren Baukosten begründet. Die Preise für

bestimmte Spezialtechniken seien gestiegen, außerdem gebe es im Vergleich zu früheren Kostenschätzungen eine veränderte Marktsituation mit weniger Baufirmen, die vor Ort die Arbeiten erledigen können. Der DBE ist der Auftrag zum Ausbau des Endlagers Schacht Konrad vertraglich garantiert, einen Konkurrenten, der den Ausbau des Endlagers preiswerter anbieten könnte, gibt es nicht. Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums verwies aber auf Verhandlungen über eine Änderung des Kooperationsvertrags, um günstigere Bedingungen für den Bund zu erreichen. Dies sei eine Forderung des Bundesrechnungshofes.

Die Kosten für das Endlager Schacht Konrad werden zu 65 Prozent von den Betreibern der Atomkraftwerke getragen, zu 35 Prozent vom Bund. Grundlage ist die Endlager-vorausleistungsverordnung, nach der die Abfallverursacher für die Kosten der Endlagerung aufkommen müssen. Im Schacht Konrad sollen schwach- und mittelradioaktive Abfälle endgelagert werden. Sie stammen zum einen Teil aus Atomkraftwerken, zum anderen aus staatlichen